

## Presseinformation

### **Aktuelle kreditwirtschaftliche Themen**

Bei der Jahrespressekonferenz des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT) in Frankfurt am Main bzw. Erfurt ging der Geschäftsführende Präsident des Verbandes, Stefan Reuß, auch auf aktuelle kreditwirtschaftliche Themen ein.

Besorgt zeigte er sich über die Pläne der EU-Kommission für ein Verbot der provisionsbasierten Anlageberatung. An den Börsen gehe es zunehmend volatil zu. In einem solchen Umfeld sei es umso wichtiger, dass gerade auch kleinere Anleger im Bedarfsfall eine professionelle Unterstützung und Beratung in Anspruch nehmen könnten, die flächendeckend verfügbar und vor allem auch bezahlbar sei. Dieses Ziel lasse sich aber mit einem honorarbasierten Ansatz, der häufig von vermögenden Kunden genutzt werde, nicht erreichen.

### **Honorarberatung ist nicht massentauglich**

Reuß bezweifelte, dass selbst ein Provisionsverbot die Honorarberatung für die Masse der Anleger attraktiver und damit durchsetzungsfähig machen würde. Die Gebührenübersicht des Bundesverbandes unabhängiger Honorarberater rufe für die einmalige Beratung bei einer Geldanlage ein Honorar von 1.187 Euro auf. „Es ist doch offensichtlich, dass eine solche Kostennote für den normalen Retail-Kunden mit Anlagebeträgen von 5.000 oder 10.000 Euro völlig außerhalb des Denkbaren liegt. Das gilt auch für Sparpläne über 50 Euro oder die vermögenswirksamen Leistungen. Wer soll die Kunden hier künftig noch beraten? Bei diesen kleinformatischen Sparplänen geht es doch vor allem darum, dass junge Menschen oder Personen mit geringem Einkommen einen gewissen Vermögensstamm aufbauen können und an das Wertpapiergeschäft herangeführt werden. Wie soll das auf Honorarbasis funktionieren?“, fragte Reuß.

EU-Pläne für Verbot der  
provisionsbasierten  
Anlageberatung

Beratung bei Sparplänen  
und vermögenswirksamen  
Leistungen droht dann  
das Aus

## Presseinformation

Die Kritik an der Provisionsberatung offenbare zudem ein wenig schmeichelhaftes Bild von den Kunden, die sich demnach bei der Anlageberatung reihenweise von Banken und Sparkassen über den Tisch ziehen ließen. „Ein solches Bild deckt sich aber überhaupt nicht mit unseren Erfahrungen. In der Praxis verschaffen sich viele Anlageinteressierte schon vor der Beratung im Internet ein Bild von der Lage und kommen entsprechend informiert in die Sparkasse. Die Sparkassen haben außerdem auch überhaupt kein Interesse daran, ihre Kundschaft in der Anlageberatung zu übervorteilen. Wir sind schließlich an einer langfristigen Geschäftsbeziehung interessiert“, betonte Reuß.

### **Wohnungsbau nicht auch noch durch Regulatorik verteuern**

Kritisch äußerte er sich auch zu den von der BaFin vor einem Jahr verfüigten Zuschlägen auf das Eigenkapital von Banken und Sparkassen. Der antizyklische Kapitalpuffer von 0,75% der risikogewichteten Aktiva und der sektorale Systemrisikopuffer von 2% machten Immobilienfinanzierungen und damit den ohnehin schon für viele unerschwinglichen Bau oder Erwerb von Wohnraum noch teurer.

Mit diesen Zuschlägen habe die BaFin dem damals aus ihrer Sicht starken Kreditwachstum entgegenwirken wollen. Die Einführung der Puffer teile aber das Schicksal der Zinswende vom Sommer 2022, die letztendlich zur Unzeit gekommen sei. Die EZB habe wegen der hohen Inflation geldpolitisch ausgerechnet dann hart auf die Bremse treten müssen, als die Konjunktur im Euroraum durch den Ukraine-Krieg ohnehin schon geschwächt gewesen sei. Bei den beiden Puffern sei das ähnlich. Bereits im November 2022 habe die Deutsche Bundesbank in ihrem Finanzstabilitätsbericht wegen der stark gestiegenen Kreditzinsen und der höheren Lebenshaltungskosten bei Wohnimmobilien eine abgeschwächte Nachfrage und rückläufige Kreditdynamik festgestellt.

Sparkassen sind an langfristiger Geschäftsbeziehung interessiert

Eigenkapitalzuschläge erhöhen Kosten für Baufinanzierungen

Puffer sind zur Unzeit gekommen...

## Presseinformation

### **Zusätzliche Kapitalpuffer sind anachronistisch**

Diese rückläufige Tendenz habe sich in den letzten Monaten noch drastisch verstärkt. „Die beiden Aufschläge aufs Eigenkapital sind deshalb anachronistisch. Sie passen nicht mehr in eine Zeit, in der die Neubautätigkeit eingebrochen ist. Sie passen nicht mehr in eine Zeit, in der das Bauen deutlich billiger werden muss, wenn noch bezahlbarer Wohnraum entstehen soll. Die Puffer gehen daher in die falsche Richtung. Denn sie machen das Bauen noch kostspieliger als es ohnehin schon ist. Sie wirken damit – anders als beabsichtigt – de facto prozyklisch“, kritisierte Reuß.

Die Zuschläge auf das Eigenkapital seien aber auch im Kampf gegen den Klimawandel kontraproduktiv. Von Banken und Sparkassen werde zurecht erwartet, dass sie die Großtransformation in Richtung einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft wesentlich mitfinanzierten. Das werde allerdings nicht funktionieren, wenn man die Eigenkapitalausstattung der Kreditinstitute regulatorisch künstlich schrumpfe. Denn das schränke die Kreditvergabefähigkeit von Banken und Sparkassen grundsätzlich ein und konterkarriere so am Ende eben auch den avisierten Umbau in Richtung Nachhaltigkeit.

### **Strukturwandel zulasten kleiner Firmen immer stärker spürbar**

Nachdenklich stimmte Reuß der zunehmend an Fahrt gewinnende Strukturwandel zulasten kleiner Unternehmen. Die aktuelle Energie- und Inflationskrise sei jetzt für viele Firmenchefs ein Anlass, den Geschäftsbetrieb für immer aufzugeben. Die tatsächlichen Gründe für diese Entscheidung lägen aber meist tiefer. So habe in Frankfurt gerade eine Traditionsmetzgerei mit eigener Schlachtung angekündigt, nach über 90 Jahren den Betrieb einzustellen. Ausschlaggebend für diese Entscheidung sei letztendlich der Fachkräftemangel, aber auch eine überbordende Regulierung gewesen, die die Metzgerei künftig praktisch

...und wirken prozyklisch  
statt antizyklisch

Zuschläge aufs  
Eigenkapital  
konterkarieren auch die  
Großtransformation in  
Richtung Nachhaltigkeit

Energie- und  
Inflationskrise, vor allem  
aber Fachkräftemangel  
und Überregulierung  
zwingen viele Kleine zum  
Aufgeben

## Presseinformation

mit einer Großschlachtereigleichstellung. Das Aus der Frankfurter Fleischerei sei im Übrigen kein Einzelfall.

### **Regulatorik fördert Fusionen**

Überregulierung und Personalmangel machten auch den kleinen Banken und Sparkassen zunehmend das Leben schwer, die inzwischen bis zu 40% der Mitarbeiterkapazitäten für regulatorische Aufgaben benötigten. Das sei auf Dauer nur schwer zu stemmen. Es verwundere deshalb nicht, dass gerade kleine Institute ihr Heil immer öfter in Fusionen suchten, weil sie die Flut an regulatorischen Vorschriften mit ihren personellen Kapazitäten alleine nicht mehr bewältigen könnten.

„In unserem Verbandsgebiet haben gerade die Sparkassen in Borken und Schwalmstadt ihre Fusion zum 1. Juli 2023 angekündigt. Als Grund wird dabei explizit der große Druck der Regulatorik genannt“, betonte Reuß. Das Europäische Bankenpaket gehe mit seinen administrativen Erleichterungen für kleine und nicht komplexe Institute zwar in die richtige Richtung. „In der Praxis kommt davon allerdings noch immer viel zu wenig an. Hier brauchen wir endlich einen Durchbruch. Denn ansonsten wird sich der Wandel weg von den kleinen mittelständischen Strukturen hin zu immer größeren Einheiten in der nahen Zukunft deutlich beschleunigen. Und dieser Wandel wird irreversibel sein – in der Kreditwirtschaft, aber auch in der Realwirtschaft“, warnte Reuß.

### **Mit Imagekampagne und Akademie gegen Fachkräftemangel**

Um ihre Attraktivität als Arbeitgeber zu verbessern, müsse es der Sparkassenorganisation künftig gelingen, ihr positives Markenimage noch stärker auch auf dieses Feld zu übertragen. „Aus Kundensicht werden die Sparkassen meist als menschlich, nah und persönlich wahrgenommen. Als Arbeitgeber gelten die Institute dagegen oft noch als konservativ, altmodisch und langweilig. Hier gibt es Handlungsbedarf.

Kleine Institute benötigen bis zu 40% der Mitarbeiterkapazitäten für regulatorische Aufgaben

Erleichterungen für kleine Institute müssen endlich auch in Praxis ankommen

Positives Markenimage stärker auf Arbeitgeberimage übertragen

## Presseinformation

Denn die Sparkassen bieten nicht nur einen sicheren Arbeitsplatz, sondern durchaus auch ein zeitgemäßes und modernes Arbeitsumfeld und Arbeitsklima. Diese Botschaft gilt es noch stärker in die Öffentlichkeit zu transportieren“, forderte Reuß.

Deshalb habe der SGVHT für die Sparkassen in Hessen und Thüringen eine digitale Imagekampagne zur Personalgewinnung gestartet, die das ganze Jahr über laufen werde. „Angesichts des angespannten Arbeitsmarktes müssen wir aber auch das vorhandene Personal besser einbinden und weiterbilden. Hier setzen wir insbesondere auch auf unsere Sparkassenakademie Hessen-Thüringen, die einen breiten Baukasten an sparkassenindividuellen Maßnahmen anbietet, die von der Aufstiegsfortbildung über gezielte Förderprogramme für junge Talente bis hin zu Entwicklungsmodulen für Seiteneinsteiger reichen“, schloss Reuß.

Sparkassenakademie mit  
breitem Baukasten an  
Bildungsmaßnahmen

Frankfurt am Main / Erfurt, 7. März 2023  
Abteilung Information und Kommunikation  
Matthias Haupt  
Tel.: 069/2175-150  
[www.sfg-ht.de](http://www.sfg-ht.de)